



Baden-Württemberg.de

📅 08.02.2017

FREIHANDEL

Landesregierung knüpft weiter klare Bedingungen an Freihandelsabkommen

📄 Staatsministerium Baden-Württemberg

Die Stuttgarter Zeitung zitiert Staatsminister Klaus-Peter Murawski, dass die Landesregierung klar für das CETA-Abkommen sei. Dies ist nicht korrekt. Herr Murawski hat lediglich die Position der Landesregierung wiedergegeben, wie sie auch im Koalitionsvertrag steht.

Klaus Peter Murawski wird heute in der Stuttgarter folgendermaßen zitiert: „Eine vernünftige Reaktion sei vielmehr das Festhalten an den Prinzipien des freien Welthandels. So sei die Landesregierung klar für das CETA-Abkommen mit Kanada.“ Dieses Zitat ist falsch. Klaus Peter Murawski hat in Brüssel „lediglich“ unsere bekannte Position wiedergegeben, wonach die Landesregierung bezüglich Handelsabkommen wie etwa CETA eine klare Haltung hat, die wiederum im Koalitionsvertrag steht.

„Die Zustimmung zu internationalen Handelsvereinbarungen der EU werden wir von der Einhaltung unserer für die EU vereinbarten Standards in den Bereichen Verbraucherschutz und Verbraucherrechte, Arbeitsschutz, Umweltschutz, Datenschutz, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung, kommunale Daseinsvorsorge, Kultur, Bildung und öffentliche Gerichtsbarkeit bei Investor-Staats-Klagen abhängig machen. Außerdem treten wir dafür ein, dass das Recht auf Regulierung und die Verwirklichung berechtigter politischer Ziele auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann. Das Eckpunktepapier der Landesregierung vom 17. März 2015 ist die Basis für die Bewertung der Ergebnisse.“

Erst wenn der zur innerstaatlichen Ratifizierung des mitgliedstaatlichen Teils des Abkommens in Deutschland notwendige Gesetzesentwurf vorliegt, wird die Landesregierung diesen im Lichte der Festlegungen des Koalitionsvertrages prüfen und ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat angesichts der Ergebnisse dieser Prüfungen festlegen.